

Übergabe einer Petition gegen die Schliessung der Poststelle Sulgenbach in Bern.

Bedarf statt Profit – für einen starken Service public

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
168 · Ausgabe Region Bern · Februar 2017



Die Mehrheit der BKW verkaufen, die Bedag privatisieren, die Swisscom auf den Markt bringen. In jüngster Zeit mehren sich wieder die Stimmen, die das öffentliche Tafelsilber verkaufen und damit den Service public schwächen wollen.

Das Mantra ist seit 30 Jahren das gleiche. Private sollen Profite machen auch im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. In den 1990er-Jahren gab es einen ersten Schub mit Teilprivatisierungen und Auslagerungen (die Werke bleiben im öffentlichen Besitz, werden aber der politischen Einflussnahme weitgehend entzogen). Das neue Jahrtausend bremsete die Entwicklung – das Elektrizitätsmarktgesetz zur Deregulierung des Strommarktes fiel in einer Volksabstimmung durch.

Und jetzt – nach der globalen Finanzkrise – wachsen die Begehrlichkeiten der privaten Investoren wieder. Sie schicken die bürgerlichen PolitikerInnen vor, die allerhand mehr oder weniger faule Vorwände finden, um den privaten Profitinteressen in die Hände zu spielen.

Es ist dringend notwendig, dass wir diese Angriffe abwehren, denn sie sind nicht nur ein Angriff auf das Volksvermögen, sondern auch ein Angriff auf den Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich. Verteidigen wir den Service public mit folgenden Argumenten:

1. Service public besteht aus Dienstleistungen, die im Interesse einer grossen Mehrheit der Menschen erbracht werden. Viele könnten

sich weder gute Bildung noch gute Gesundheitsdienste leisten, wenn sie persönlich und privat dafür aufkommen müssten. Auf Service public können nur die Reichen verzichten.

2. Produkte und Dienstleistungen des Service public sind demokratisch legitimiert. Öffentliche Unternehmen erhalten ihren Auftrag durch vom Volk gewählte Behörden. Sie sind diesen auch rechenschaftspflichtig.

3. Service public ist auf den Bedarf ausgerichtet. Auch dort, wo der Markt kein Interesse hat, sollen sie verfügbar sein. Ein Postauto im Gadmental oder eine Schule im Eriz ist nun einmal kein Geschäft.

4. Service public darf Gewinne machen. Es ist eine ideologische Behauptung, dass Service public immer ineffizient und schlampig sei; ein Vorwand, um selber die Hand drauflegen zu können. Wir müssen aber aufpassen, dass grosse Betriebe wie die Post nicht einfach privatwirtschaftliche Standards und Lösungen übernehmen und sich mit Gewinnoptimierungsprogrammen und Massentlassungen als Service public unglaubwürdig machen.



Johannes Wartenweiler,
Sekretär Gewerkschaftsbund
Stadt Bern und Umgebung,
Stadtrat

Die Schliessung von Poststellen ist ein Beispiel für diese Fehlentwicklung.

5. Service public bedeutet faire Löhne und Arbeitsbedingungen, bedeutet auch ausgebaute und gesicherte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Unternehmen des Service public geben in diesen Fragen den Takt an – das ist gut so.

6. Service public steht für zukunftsorientierte Entwicklungen. Innovationen entstehen in vielen Bereichen. Ich denke zum Beispiel an die Unis und die ETH. Sie leisten einen Teil an eine ökosoziale Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir werden in den kommenden Jahren mit massiven Angriffen auf den Service public konfrontiert sein. Die Vorschläge der Avenir Suisse lassen keine anderen Schlüsse zu. Wollen wir ihn wirksam verteidigen, reicht es nicht aus, mit Referenden die Entwicklung zu behindern und zu verzögern. Wir müssen die stimmende und wählende Mehrheit überzeugen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen nicht maximale Gewinne abwerfen, sondern einen Bedarf decken müssen.

VERNEHMLASSUNG ZUR TOTALREVISION DES POLIZEIGESETZES

Das neue Polizeigesetz aus Sicht der städtischen und der kantonalen SP

NACHDEM DIE LANGE IN AUSSICHT GESTELLTE TOTALREVISION DES POLIZEIGESETZES (POLG) IMMER WIEDER HINAUSGEZÖGERT WURDE, NIMMT SIE DER KANTON BERN NUN ENDLICH AN DIE HAND. DIE SP STADT BERN HAT SICH, EBENSO WIE DIE KANTONALPARTEI, INTENSIV MIT DER VERNEHMLASSUNGSVORLAGE AUSEINANDERGESETZT UND EINE UMFANGREICHE STELLUNGNAHME VERFASST. IN VIELEN PUNKTEN SIND DIE EINGABEN DECKUNGSGLEICH. DENNOCH GIBT ES AUCH DIFFERENZEN.

Der Hauptunterschied zwischen den Vernehmlassungsantworten ist, dass die SP Stadt Bern die kantonale Einheitspolizei als Fehlkonstrukt erachtet und deren Beibehaltung bedauert, während die Kantonalpartei dies nicht thematisiert. Zudem moniert die SP Stadt Bern, dass sogenanntes «Racial Profiling», also die systematische Diskriminierung durch die Polizei aufgrund von äusseren Merkmalen wie der Hautfarbe, im Gesetzesentwurf kein Thema ist. Einigkeit herrscht dagegen bei den Kosten. So schlägt die Polizeidirektion (POM) vor, dass sich alle Gemeinden an den Kosten der Sicherheit beteiligen müssen. Das befürwortet die SP vollumfänglich, allerdings kritisiert sie den konkreten Vorschlag, namentlich die nach Gemeindegrösse abgestufte Kostenpauschale. Kleine Gemeinden würden pro EinwohnerIn nur gut einen Drittel von dem bezahlen, was der Stadt Bern in Rechnung gestellt würde. Mit dieser Ungleichbehandlung ist weder die SP Stadt



Meret Schindler, Grossrätin

Mit dem neuen Polizeigesetz werden die Grundrechte über Gebühr eingeschränkt.

Bern noch die SP Kanton Bern einverstanden.

Keine Einschränkungen der Grundrechte

Auch was den Umgang mit den Kosten für Polizeieinsätze bei unbewilligten Demonstrationen angeht, sind sich beide Parteiebenen einig: Eine Überwälzung der Kosten auf Private oder Veranstaltende lehnt die SP klar ab. Das neue PolG sieht vor, dass den Gemeinden Einsatzkosten auferlegt und diese anschliessend auf Veranstaltende überwälzt werden können. Im Extremfall könnten Kosten gar an einzelne Teilnehmende weitergereicht werden. Zudem sollen die Kosten von Polizeieinsätzen sogar auf Personen abgewälzt werden, welche die öffentliche Ordnung nur «stören». Was eine «Störung der öffentlichen Ordnung» genau ist, wird allerdings nirgends definiert. Die Kommunikationsgrundrechte werden durch diese Änderungen massiv beeinträchtigt. Grundsätzlich kritisieren beide Stellungnah-

men, dass die Grundrechte mit dem neuen PolG über Gebühr eingeschränkt werden: So werden z. B. Ermittlungen ermöglicht, noch bevor ein konkreter Verdacht besteht, und das Recht auf freie Meinungsäusserung wird beschnitten.

Schaffung von Ombudsstellen

Die SP Stadt Bern fordert die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle; die Kantonalpartei will es dagegen Gemeinden ermöglichen, eigene Ombudsstellen zu schaffen, welche dann Polizeieinsätze auf Gemeindeebene untersuchen können. Dies, weil die politische Verantwortung bezüglich Sicherheit grundsätzlich bei den Gemeinden liegt. Ihre Kompetenzen sind jedoch beschränkt und die Polizei muss geplante Interventionen auch in Zukunft nicht vorgängig bei der Gemeinde melden. Das findet die SP unglücklich.

Auch mit der geplanten Kompetenzerweiterung der Polizei im Bereich der verdeckten Ermittlung ist die SP nur begrenzt einverstanden: Insbesondere bei einer möglichen zukünftigen Sachbeschädigung sehen wir keinen Grund, verdeckte Ermittlungen durchzuführen.

Eine öffentliche Polizei im Dienste aller

Dass private Sicherheitsdienste zukünftig weniger Kompetenzen haben sollen, finden beide Parteiebenen richtig. Die SP Kanton Bern geht zudem auf die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten ein: Eine Verschlechterung der Pickettschädigung ist für eine Partei mit gewerkschaftlicher Verankerung nicht hinnehmbar!

SP Stadt Bern und SP Kanton Bern sind sich also einig: Die Ausübung der Grundrechte muss gewährleistet sein. Die beiden Parteiebenen setzen zwar etwas unterschiedliche Schwerpunkte, inhaltliche Differenzen gibt es dagegen nicht: Wir alle wollen eine Polizei für alle statt für wenige.



GEMEINDEABSTIMMUNG

Ja zum bezahlbaren Wohnen in Köniz am 12. Februar

DANK DER WOHNINITIATIVE DER SP KANN DIE STIMMBEVÖLKERUNG DEN STEIGENDEN MIETEN AM 12. FEBRUAR 2017 DEN KAMPF ANSAGEN. UM DIE CHANCEN DES GUTEN GEGENVORSCHLAGES ZU ERHÖHEN, HAT DIE SP KÖNIZ IHRE INITIATIVE ZURÜCKGEZOGEN.



Christian Roth, langjähriger SP-Parlamentarier und Kandidat für den Gemeinderat

Die steigenden Mieten beschäftigen die Region Bern. Immer mehr Menschen können es sich nicht mehr leisten, in zentral gelegenen Quartieren zu leben. So arbeitet die SP Köniz seit geraumer Zeit darauf hin, bessere Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu schaffen. Bereits 2011 lancierte sie die Motion «Köniz nachhaltig: günstigen Wohnraum schaffen dank gemeinnützigen Wohnbauträgern». Der Vorstoss forderte vom Gemeinderat, auf gemeindeeigenem Land ein Wohnprojekt mit einem breit durchmischten Wohnungsmix auszuarbeiten. Dadurch sollten Wohnungen entstehen, deren Mietzinse langfristig deutlich unter dem marktüblichen Preisniveau liegen.

Der Könizer Gemeinderat anerkannte daraufhin, dass gemeinnützige Wohnbauträger (z.B. Genossenschaften) den Trend der steigenden Mieten abfedern könnten: «Sie tragen zur Durchmischung der Quartiere bei und ermöglichen dem breiten Mittelstand, in der Gemeinde zu wohnen», schrieb der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss. Die Motion wurde vom Parlament (gegen den Willen von SVP und FDP) gutgeheissen: Bei der Überbauung Ried in Niederwangen werden somit in den nächsten Jahren rund hundert preisgünstige Wohnungen in Kostenmiete gebaut.

Wohnungsnot ist eine Tatsache

Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Er reicht jedoch keines-

wegs. Gemäss Bundesamt für Wohnungswesen spricht man von Wohnungsnot, wenn die Leerwohnungsziffer unter die Grenze von einem Prozent rutscht. In Köniz liegt dieser Wert seit Jahren unter 0,8 Prozent. Im Jahr 2015 unterbot unsere Gemeinde mit einem besorgniserregend tiefen Wert von 0,32 Prozent sogar die Stadt Bern. Gleichzeitig steigen die Mieten. Eine 3,5-Zimmer-Wohnung im neu gebauten Dreispitz beim Liebefeld-Park gibt es für 2240 Franken pro Monat, eine Familienwohnung im Neubau am Neuhausplatz kostet über 2700 Franken pro Monat.

Wohninitiative der SP schafft Abhilfe

Um Gegensteuer zu geben, reichten die SP Köniz, der Mieterverband, der Gewerkschaftsbund Bern und Umgebung sowie der Regionalverband Bern-Solothurn der Wohnbaugenossenschaften Schweiz im Herbst 2015 die Könizer Wohninitiative ein. 2267 Personen forderten damit den Gemeinderat zum Handeln auf. Konkret soll die Gemeinde bei Erlass oder Änderung von Nutzungsplänen dafür sorgen, dass rund ein Drittel der für das Wohnen bestimmten Fläche für den preisgünstigen Woh-

nungsbau vorgesehen wird. Zudem soll die Gemeinde Land an Wohnbaugenossenschaften abgeben und dafür sorgen, dass diese darauf preisgünstige Wohnungen in Kostenmiete erstellen und betreiben.

SP unterstützt den Gegenvorschlag

Der Gemeinderat hat zur Wohninitiative einen guten Gegenvorschlag erarbeitet, der die Umsetzung der Kernanliegen erleichtern soll. Das Parlament stellte sich an seiner Sitzung vom 5.12.2016 hinter diesen Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass die Pflicht zum Realisieren von preisgünstigen Wohnungen erst ab einer gewissen Projektgrösse gelten soll. Nun geht es darum, am 12. Februar 2017 eine Mehrheit der Könizerinnen und Könizer davon zu überzeugen, dass nur mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau massgeblich Gegensteuer gegen steigende Mieten gegeben werden kann. Das Initiativkomitee, getragen von der SP und ihren Partnern, hat daher beschlossen, die Initiative zurückzuziehen, den Gegenvorschlag zu unterstützen und somit die Kräfte zu bündeln. Im Dienst der Sache – für ein vielfältiges Köniz mit bezahlbarem Wohnraum.

Für die SP Köniz ist der Gegenvorschlag ein taugliches Rezept gegen steigende Mieten.

DIE SP IN DER REGION

Zum Beispiel Bern-Nord: Sektionsstrategie 2016–19

Die Sozialdemokratische Partei lebt von ihren kleinsten Zellen: In den Sektionen organisieren die Mitglieder ihr Engagement. Sie nehmen Mitglieder auf, nominieren Parlaments-Kandidierende, ziehen Mitgliederbeiträge ein. Ob bei Versammlungen, informellen Anlässen oder im Gespräch auf der Strasse, die Sektion spielt eine wichtige Rolle in der politischen Meinungsbildung. Der Alltag ist dabei oft lokalpolitisch geprägt. Genosse und Genossin wird man aber meist nicht nur, um an Entscheidungen mitzuwirken, von denen man betroffen ist, sondern auch, weil einem ein solidarischerer Kanton, eine gerechtere Schweiz, eine bessere Welt am Herzen liegen. Im Rahmen der zweiten Sektionsstrategie haben wir uns in der SP Bern-Nord Gedanken darüber gemacht, wie wir unserem politischen Handeln in der Legislatur 2016 bis 2019 einen roten Faden geben können.

Eine Sektions-Strategie muss nicht das Rad sozialdemokratischer Politik neu erfinden. Ausgehend vom Parteiprogramm der SP Schweiz wollen wir eine demokratische und ökologische Wirtschaft und eine Gesellschaft, die nicht durch Profitinteressen, sondern durch den Willen der Menschen gestaltet wird – kurz, den demokratischen Sozialismus. Wir fragten uns: Was ist darin die Rolle unserer Sektion? Wir wollen die Entwicklung in unserem Stadtteil und in Bern prägen und zu einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft in Kanton, Land und darüber hinaus beitragen. So haben wir für den abgebildeten Handlungsrah-

men Ziele und Massnahmen entwickelt:

Besonders am Herzen liegt uns die tatsächliche Umsetzung der formulierten Ziele. Daher nehmen wir die Strategie als Grundlage für unsere Jahresplanung, die wir an halbjährlichen Retraiten entwickeln. Gleichzeitig überprüfen wir, wo wir im Hinblick auf unsere Legislaturziele stehen.

Den Prozess begannen wir im Frühling 2015 mit einer Arbeitsgruppe, die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der Sektion analysierte. Danach führten wir einen interaktiven Workshop mit auf verschiedenen Ebenen tätigen Mitgliedern durch. Mit Hilfe eines so genannten «World-Café», einer kreativen Methode, bei der die Teilnehmenden in wechselnder Zusammensetzung einzelne Themen diskutieren, sammelten wir Ziele und Massnahmen für die drei oben genannten Handlungsebenen.

Zur kritischen Prüfung des entstandenen Textes luden wir alle Mitglieder ein und verabschiedeten ihn dann an einer Mitgliederversammlung im Sommer 2016. Zur Gestaltung der Broschüre durften wir auf die sektionsinterne AG Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Mit der Strategie legen wir dar, was es für uns bedeutet, GenossInnen im nördlichen Stadtteil von Bern zu sein. Hier ein paar Beispiele:

- *Starke Sektion* etwa durch Mitgliederbetreuung, politische Bildung, Frauenförderung
- *Anliegen für Quartier und Stadt* wie *Gutes Leben – Ein Leben lang* durch Kinderbetreuung, alterna-



Christian Boesch, Präsident SP Bern-Nord



Andrea Blättler, Vorstandsmitglied SP Bern-Nord

tive Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser

- kantonale, nationale und internationale Bestrebungen wie *Gräben zwischen Stadt, Agglomeration und Land überwinden – urbane Anliegen stärken* (Partnerschaften mit anderen Sektionen) oder *Gelebter Internationalismus* (Lernen von GenossInnen, z. B. «rotes Wien»).

Wir hoffen, mit der Strategie unsere verschiedenen Aufgaben besser im Blick behalten und austarieren zu können, sowie im Austausch miteinander und mit anderen zur Stärkung unserer Partei beizutragen.

Auskunft Strategieprozess, World Café-
Anleitung: info@sp-bern-nord.ch
Strategie 2016-19:
<http://www.sp-bern-nord.ch/strategie>

